



Bericht des Stadtrates zu den hängigen Vorstössen 2026

Departement Finanzen Wirtschaft Sicherheit

Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Antrag GPK betreffend Badi Sand, Erneuerung Badtechnik: Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Investitionen in die Bäderwelten Obere Au inklusive die Badi Sand	18.11.2021	16.12.2021	Gemäss SRB.2022.389 vom 3. Mai 2022, Masterplan Obere Au – Projektauftrag Bäderstudie, wird die Erstellung des Gesamtkonzepts Bäderwelten Obere Au inklusive Badi Sand geplant und umgesetzt. Für die Badi Sand haben erste Vorabklärungen ergeben, dass eine Sanierung der Technik wirtschaftlich nicht vertretbar ist. Zudem ist in den bestehenden Räumlichkeiten nicht ausreichend Platz für eine neue Badtechnik vorhanden, was auch bauliche Massnahmen nach sich ziehen würde. Ideenwettbewerb zur künftigen Nutzung des Bades wurde am 26. März 2026 lanciert. Bekanntgabe Siegerprojekt für den 18. Dezember 2026 geplant. Botschaft an den Gemeinderat somit im Sinne einer Gesamtbetrachtung erst frühestens in Q2 2027 realistisch.
Auftrag Angela Carigiet Fitzgerald und Mitunterzeichnete vom 2. Oktober 2025 zur Rekonstruktion des Kinderbeckens ist pendent	02.10.2025	16.12.2025	Bericht ist am 25. Juni 2026 im Gemeinderat traktandiert.
Auftrag SP-Fraktion, SVP-Fraktion, FDP-Fraktion, GLP-Fraktion, Fraktion Freie Liste & Grüne und Mitunterzeichnende betreffend Ersatz der oberen Sektion Brambrüeschbahn	09.04.2026		Behandlung des Berichts an der Gemeinderatssitzung vom 3. September 2026.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Stärkung der Selbstfinanzierung für eine umsichtige Finanzierung der Investitionen	27.01.2022	19.05.2022	Mit der Beratung des Berichts der Vorberatungskommission "Überarbeitung Mehrjahresplanung der Investitionen 2020-2031" wurde der Stadtrat beauftragt, die Eigenkapitalquote bis 2027 nicht unter 60 % fallen zu lassen sowie einen Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 70 % ab Budget bzw. Rechnung 2026 zu erreichen. Dies veranlasste den Stadtrat, die Erarbeitung eines Massnahmenpakets zum Erhalt der Investitionsfähigkeit anzugehen. Erreicht werden soll dies mit einer Ergebnisverbesserung von Fr. 16.0 Mio. gegenüber dem Budget 2024. Dieses wurde durch den Gemeinderat zurückgewiesen. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat am 13. November 2025 die Botschaft 'Finanzpolitische Ausleageordnung' vorgelegt, in welchem der Stadtrat beauftragt wurde bis Ende 2026 ein Entlastungspaket von rund Fr. 16 Mio. für die Erfolgsrechnung vorzulegen, mit einem Ausgabenverzicht von Fr. 10.7 Mio. sowie Mehreinnahmen von Fr. 5.3 Mio. Weiter erfolgte auch der Auftrag Prioritäten der Investitionsrechnung dem Gemeinderat bis Juni 2026 vorzulegen. Ziel dabei einen Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 70 % per 2029 und 80 % ab 2030 zu erreichen. Die Botschaft zur Priorisierung der Investitionsrechnung wird voraussichtlich im Juni 2026 dem Gemeinderat vorgelegt. Das Entlastungspaket befindet sich derzeit in Erarbeitung und soll voraussichtlich im Herbst 2026 dem Gemeinderat unterbreitet werden.
Antrag GPK betreffend Sport- und Eventanlagen Der Stadtrat soll dem Gemeinderat Möglichkeiten zur besseren Nutzung der Anlage Badi Sand unterbreiten	21.11.2023	14.12.2023	Siehe Antwort zu Auftrag GPK Badi Sand; Erneuerung Badtechnik. Eine Zusammenlegung der beiden Fragen im Sinne einer gesamtheitlichen Betrachtung erscheint sinnvoll.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag Jean-Pierre Menge und Mitunterzeichnende betreffend Instandsetzung und Vermietung des Alten Stadtsitals	05.10.2023	01.02.2024	Im Bericht vom 9. Januar 2024 zum Auftrag Jean-Pierre Menge und Mitunterzeichnende wurden verschiedene Möglichkeiten zum weiteren Vorgehen auf dem Gebiet des alten Stadtsitals erwähnt. Der aktuelle Bearbeitungsstand sieht wie folgt aus: Mit Stadtratsbeschluss vom 9. September 2025 (SRB.2025.690) wurde der Projektauftrag für die Entwicklung des Areals Welschdörfli 3 genehmigt. Dieser umfasst die strategische Entwicklung des Alten Stadtsitals, die Integration des Westwegs sowie die Einbindung möglicher Investoren im Rahmen der Quartierplanung. Zur Schaffung einer fundierten Entscheidungsgrundlage wurden zwischenzeitlich eine Bestandsanalyse, ein denkmalpflegerisches Gutachten sowie ein Bericht zu den Handlungsoptionen einer Zwischennutzung erarbeitet. Mit Beschluss vom 31. März 2026 (SRB.2026.262) hat der Stadtrat die Einleitung der Quartierplanung beschlossen. Die öffentliche Auflage erfolgte vom 17. April bis 17. Mai 2026. Gegen die Einleitung der Quartierplanung gingen keine Einsprachen ein, was als positives Signal für die weitere Entwicklung des Areals gewertet werden kann. Der Stadtrat verfolgt das Ziel, das Areal des Alten Stadtsitals langfristig einer nachhaltigen und städtebaulich hochwertigen Nutzung zuzuführen. In diesem Zusammenhang wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Entwicklungs- und Nutzungsperspektiven geprüft. Dabei fanden Gespräche mit den Psychiatrischen Diensten Graubünden (PDGR), privaten Investoren sowie der Fachhochschule Graubünden (FHGR) statt. Die ursprünglich favorisierte Nutzung durch die Psychiatrischen Dienste Graubünden wurde im August 2024 verworfen. Ausschlaggebend dafür waren die hohen Investitions- und Betriebskosten sowie die fehlende Vereinbarkeit mit den kantonalen Finanzierungsrichtlinien. Aktuell steht der Stadtrat in engem Austausch mit der Fachhochschule Graubünden betreffend die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum für Studierende. Hintergrund ist ein ausgewiesener Bedarf von rund 620 zusätzlichen Wohneinheiten. Die FHGR hat die Stadt mehrfach um Unterstützung bei der Identifikation geeigneter Standorte für ein Studierendenwohnheim ersucht. Im Rahmen der gemeinsamen Abklärungen wurden verschiedene Entwicklungsstandorte geprüft. Dabei kristallisierten sich insbesondere das Areal des Alten Stadtsitals als potenziell geeigneter Standort heraus. Der Stadtrat erachtet die Förderung von studentischem Wohnen als wichtigen Beitrag zur Stärkung



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
			des Bildungs- und Hochschulstandorts Chur. Die entsprechenden Gespräche befinden sich jedoch noch in einem frühen Stadium. Weder liegen konkrete Bauprojekte noch verbindliche Vereinbarungen vor. Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat die Möglichkeit einer befristeten Zwischennutzung des Alten Stadtsitals vertieft untersuchen lassen. Die durchgeführten Analysen kommen zum Schluss, dass eine Zwischennutzung unter den aktuellen Rahmenbedingungen zweckmässig und verhältnismässig ist. Einerseits können dadurch bestehende Räumlichkeiten einer sinnvollen Nutzung zugeführt und Leerstände vermieden werden. Andererseits bleibt der notwendige Handlungsspielraum für die langfristige Arealentwicklung uneingeschränkt erhalten. Aufgrund des erheblichen Investitionsbedarfs des Gebäudes ist dabei darauf zu achten, dass lediglich minimale und zwingend erforderliche bauliche Anpassungen vorgenommen werden. Als potenzielle Nutzende kommen insbesondere Kulturschaffende, Start-ups, Jungunternehmende, soziale Institutionen sowie kreative und kulturelle Initiativen in Betracht. Eine solche Nutzung kann einen wertvollen Beitrag zur Belebung des Quartiers leisten, ohne die zukünftige Entwicklung des Areals vorwegzunehmen. Im Rahmen des Quartierplanungsverfahrens wurde die Dienststelle Immobilien und Bewirtschaftung beauftragt, in Abstimmung mit dem zuständigen Departement Gespräche mit potenziellen Interessenten für eine Zwischennutzung aufzunehmen. Zusammenfassend verfolgt der Stadtrat beim Alten Stadtsital einen mehrstufigen Entwicklungsansatz. Kurzfristig soll durch eine sorgfältig ausgestaltete Zwischennutzung verhindert werden, dass wertvolle Flächen ungenutzt bleiben und das Quartier an Attraktivität verliert. Mittelfristig werden mit der Quartierplanung die städtebaulichen Grundlagen für die zukünftige Entwicklung geschaffen. Langfristig soll das Areal einen Beitrag zu den strategischen Zielen der Stadt Chur leisten. Dazu gehören insbesondere die Aufwertung des Welschdörfli-Quartiers, die Gewinnung geeigneter Investoren sowie die Prüfung von Möglichkeiten zur Stärkung des Bildungsstandorts Chur durch die Schaffung von studentischem Wohnraum.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
			Eine befristete Zwischennutzung steht diesen Entwicklungszielen nicht entgegen. Sie kann unabhängig von der laufenden Quartierplanung umgesetzt werden und ermöglicht es der Stadt, die vorhandenen Räumlichkeiten bis zur Realisierung einer langfristigen Lösung sinnvoll zu nutzen. Gleichzeitig bleibt die notwendige Flexibilität gewahrt, um auf zukünftige Investoren, neue Nutzungsanforderungen oder politische Entscheide reagieren zu können.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag SP-Fraktion und Mitunterzeichnende betr. "Aufarbeitungsstrategie Brandanschlag Chur 1989"	30.01.2025	22.05.2025	Die Umsetzung der vom Stadtrat vorgesehenen Massnahmen läuft. Dazu gehören die historische Aufarbeitung der Ereignisse mit externer fachlicher Begleitung, die Realisierung einer Gedenktafel am Ort des Anschlags, die Benennung eines öffentlichen Weges im Andenken an die Opfer, die Vorbereitung einer offiziellen Gedenkfeier sowie die Erstellung einer Landingpage auf der Webseite der Stadt Chur. Antrag auf Abschreibung
Antrag Direktbeschluss Geraldine Danuser und Mitunterzeichnende betr. Revision der Geschäftsordnung	30.01.2025	22.05.2025	Die Umsetzung läuft mit der Vorberatungskommission.
Auftrag Mitte-Fraktion, GLP-Fraktion und FLG-Fraktion zur Anpassung der Grösse des Stadtrats der Stadt Chur	10.04.2025	04.09.2025	Frist zur Einreichung der Botschaft bis März 2027 erstreckt (GRB.2026.9).
Auftrag Sandra Adank und Mitunterzeichnende betreffend Sicherheit bei Gemeinderatssitzungen im Rathaus Chur	10.04.2025	04.09.2025	Behandlung in Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 26. Mai 2026
Auftrag Peter Kamber und Mitunterzeichnende betr. Innerorts wird Tempo 50 generell beibehalten und nur gezielt auf Tempo 30 reduziert	04.09.2025	11.12.2025	Aufgrund der laufenden Erarbeitung und Auswertung der Ergebnisse des Lärmsanierungsprojekts (LSP) ist es notwendig, diese Erkenntnisse in die Entscheidungsgrundlage für ein mögliches Gesamtkonzept zu Tempo-30-Zonen einzubeziehen. Aus Sicht des Stadtrats sollen dabei speziell auch die gesetzliche Lärmsanierungspflicht sowie die verkehrs- und siedlungsplanerischen Zielsetzungen berücksichtigt werden. Eine abschliessende Behandlung ohne Einbezug dieser Grundlagen würde einer sorgfältigen, nachhaltigen und rechtssicheren Planung nicht entsprechen. Der Stadtrat beantragt deshalb, dem Gemeinderat das Geschäft erst nach Vorliegen und Bearbeiten der relevanten Ergebnisse vom Lärmsanierungsprojekts (LSP) vorzulegen. Antrag auf Fristerstreckung bis März 2027



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag SP Fraktion und Mitunterzeichnende betr. Anpassung der Gesetzesgrundlage betreffend Regelung Anstellungsverhältnis und Auftragsvergabe an Gemeinderatsmitglieder	02.10.2025	09.04.2026	Auftrag wurde am 9. April 2026 mit GRB.2026.13 vom Gemeinderat überwiesen.

**Departement Bildung Gesellschaft Kultur**

Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Antrag GPK: Prüfung der Wiedereingliederung der Aufgaben des regionalen Sozialdienstes in die städtischen Sozialen Dienste	24.11.2015	17.12.2015	Der Auftrag Degiacomi betreffend "Organisation und Finanzierung der Sozialhilfe im Grossen Rat" wurde an der Augustsession 2020 vom Grossen Rat an die Regierung überwiesen. Am 13. Dezember 2023 hat die Regierung von den Umsetzungsempfehlungen des kantonalen Sozialamtes zum Schlussbericht der Ostschweizer Fachhochschule vom 20. Januar 2023 Kenntnis genommen. Die Zuständigkeiten bei der persönlichen Sozialhilfe sollen überprüft werden. Es liegen drei Varianten vor. Die Regierung hat im Rahmen der Botschaft zum Wirksamkeitsbericht zum kantonalen Lastenausgleich (Im Juni 2026 im Grossen Rat) darauf Bezug genommen und angekündigt, dass die Bearbeitung an die Hand genommen werde. Der Stadtrat wartet die Beratung im Grossen Rat ab.
Auftrag Walter Hegner und Mitunterzeichnende betreffend Gesundheitliche Grundversorgung der Stadt Chur - Hausärztinnen / Hausärzte	20.06.2019	05.03.2020	Der Auftrag wurde an der Gemeinderatssitzung vom 17. November 2022 im Rahmen der Botschaft "Umsetzung Alterskonzept 2025, Schwerpunkte", behandelt, vom Gemeinderat jedoch nicht abgeschrieben. Das Departement BGK beobachtet die Situation aufmerksam. Mit den Churer Hausärzten fand am 3. Februar 2026 ein weiteres Treffen statt. Dabei wurde auch die Sicherstellung der Grundversorgung thematisiert. In diesem Zusammenhang sind die Arbeiten gemäss Gemeinderatsbeschluss GRB.2022.59 zur Umsetzung des Alterskonzeptes relevant. Die Einrichtung einer regionalen Informations-, Beratungs- und Koordinationsstelle ist von der Präsidentenkonferenz Plessur am 17. Mai 2023 als eine von drei strategischen Stossrichtungen gutgeheissen worden. Die Arbeit wurde aufgenommen und kommen in der neu gebildeten regionalen Gesundheitskommission gut voran. Voraussichtlich wird die Region Plessur noch in diesem Jahr mit allen Leistungserbringenden Leistungsvereinbarungen abschliessen können. Dann kann zur Unterstützung und Sicherstellung der ambulanten Versorgung gemäss Gemeinderatsauftrag das Geschäft über die Einrichtung einer Informations-, Beratungs- und Koordinationsstelle mit Case Management zur Beschlussfassung in den zuständigen Gremien vorgelegt werden.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag Xenia Bischof und Mitunterzeichnende betreffend inclusive Gesellschaft in Chur, insbesondere das Stimm- und Wahlrecht für alle Bürger*innen der Stadt Chur, unabhängig von der geistigen und körperlichen Benachteiligung	18.11.2021	10.03.2022	Der Auftrag wurde im Sinne der Erwägungen des Stadtrates überwiesen. Im bisherigen Bericht des Stadtrates wurde aufgezeigt, dass Personen mit leichter bis schwerer geistiger Beeinträchtigung nicht von der Ausübung des Stimm- und Wahlrechts ausgeschlossen sind. Das wesentliche Anliegen des Auftrags ist damit bereits erfüllt. Die Dienststelle Gesellschaft ist nun an der Erarbeitung einer Auslegeordnung und Ausarbeitung eines Berichts über zusätzliche Massnahmen, um Hindernisse abzubauen oder Menschen mit Beeinträchtigung bei der politischen Partizipation oder Teilhabe zu unterstützen. Sie wird dabei von Sensibility, Rubigen BE, als Projektpartnerin mit einem Inklusionscheck fachlich unterstützt. Es soll mitberücksichtigt werden, dass im Rahmen der Special Olympics World Winter Games 2029 Bundesgelder für nachhaltige Inklusionsprojekte im Sport geltend gemacht werden können.
Auftrag Hanspeter Hunger und Mitunterzeichnende betr.Trägerschaft Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC)	11.04.2024	05.09.2024	Der Auftrag befindet sich in Bearbeitung. Aktuell analysiert eine spezialisierte Firma verschiedene Varianten von Trägerschaften. Eine private Trägerschaft unter Führung des Bündner Gewerbeverbandes (BGV) ist dabei ausdrücklich ebenfalls eine valable Option. Zu diesem Zweck findet ein enger Austausch zwischen der Stadt und dem BGV statt. Zur Sicherung des Standortes Chur der GBC ist es aus strategischen Gründen wichtig, dass ein Grundsatzbeschluss zur Sanierung und Erweiterung der GBC beschlossen ist, bevor die Trägerschaftsfrage entschieden wird. Eine Botschaft an den Gemeinderat ist aus diesem Grund vor Sommer 2027 unrealistisch. Antrag auf Fristerstreckung bis Dezember 2027



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag Vorberatungskommission PVO betreffend Pflichten Klassenlehrpersonen	05.09.2024	10.04.2025	An seiner Sitzung vom 13. November 2025 (GRB.2025.52) befürwortete der Gemeinderat die Erhöhung der Entschädigung der Arbeit von Klassenlehrpersonen von einer auf zwei Lektionen pro Schulwoche. Der Stadtrat führte in der Botschaft an den Gemeinderat aus, dass die Umsetzung (ab August 2027) einerseits über die Aufnahme ins Budget 2027 und andererseits über eine Ergänzung von Art. 95 der Ausführungsbestimmungen zur Personalverordnung (RB 204) in der Kompetenz des Stadtrates sowie über die Berücksichtigung im Berufsauftrag für Lehrpersonen der Stadtschule in der Kompetenz der Bildungskommission erfolgt, welcher sich aktuell in Überarbeitung befindet. Weil der Grundsatzbeschluss erfolgt und die Umsetzung aufgelegt ist, kann der Auftrag aus Sicht des Stadtrates abgeschrieben werden. Antrag auf Abschreibung
Auftrag Vorberatungskommission PVO betreffend Entschädigung Kindergartenlehrpersonen	05.09.2024	10.04.2025	In der Zwischenzeit sind die kantonalen Rahmenbedingungen klar. Sie lassen der Stadt nur wenig Spielraum. Die Botschaft befindet sich in Erarbeitung und wird dem Gemeinderat voraussichtlich im September 2026 vorgelegt.

**Departement Bau Planung Umwelt**

Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Postulat Sandro Steidle und Mitunterzeichnende betreffend Massnahmen gegen die Lärmbelastung durch die A13	06.03.2008	19.06.2008	Die Tiefbaudienste haben mit Schreiben vom 5. Februar 2024 das ASTRA auf die pendenten Lärmsanierungsmassnahmen auf der Stadtstrecke A13 hingewiesen. Mit Schreiben vom 22. März 2024 teilte das ASTRA mit, dass im Rahmen des Planungshorizonts verschiedene Massnahmen geprüft werden, namentlich lärmarme Fahrbahnbeläge, Lärmschutzwände und Lärmschutzwälle sowie weitere Massnahmen wie beispielsweise Geschwindigkeitsreduktionen. Ziel ist eine möglichst umfassende Senkung der Lärmimmissionen und der Immissionsgrenzwertüberschreitungen. Gemäss ASTRA soll die Projektierung der Unterhaltsarbeiten in den kommenden drei Jahren starten. Nach heutigem Stand ist mit einer Umsetzung im Zeitraum 2030 bis 2035 zu rechnen. Im Zusammenhang mit der von der Stadt angestrebten Geschwindigkeitsreduktion auf der A13, die als kurzfristig umsetzbare Übergangsmassnahme bis zur Realisierung der eigentlichen Lärmsanierung geprüft werden soll, wurde im September 2025 sowohl mit dem kantonalen Tiefbauamt (TBA) als auch mit dem ASTRA ein Austausch geführt. Seitens ASTRA wurde festgehalten, dass das TBA einzubinden ist und einer Geschwindigkeitsreduktion zustimmen muss. Das TBA stellte sich auf den Standpunkt, dass für eine Unterstützung des Antrags zusätzliche Nachweise beziehungsweise Gutachten erforderlich sind, insbesondere in Bezug auf Lärmgrenzwerte, Verkehrssicherheit oder Verkehrsfluss. Aktuell setzt das ASTRA auf der A13 im Raum Chur Massnahmen im Bereich Verkehrsmanagement um. Seit Februar 2026 laufen zwischen Reichenau und Chur Süd Arbeiten für eine Geschwindigkeitsharmonisierung und Gefahrenwarnung. Die in diesem Zusammenhang sichtbaren Tempo-80-Signale stehen mit diesen Arbeiten in Verbindung und stellen keine bereits eingeführte dauerhafte Lärmschutzmassnahme dar. Insgesamt ist festzuhalten, dass die Lärmsanierung des Abschnitts Chur weiterhin vorgesehen ist. Für ein separates Gesuch betreffend Geschwindigkeitsreduktion sind jedoch noch zusätzliche Grundlagen zu erarbeiten und die weiteren Schritte mit dem TBA und dem ASTRA abzustimmen.
Auftrag BDP und Mitunterzeichnende zur Verkehrsverflüssigung beim Anschluss Chur Nord	07.06.2012	12.09.2012	Im Zusammenhang mit der Mobilitätsstrategie 2030 wurden neue Lösungen zum Anschluss Chur Nord mit dem ASTRA und dem TBA GR (Strasseneigentümer Masanserstrasse und Haldensteinstrasse) besprochen und geprüft. Eine Studie für eine Unterföhrungslösung Kreisel Masans stadtauswärts zur A13 erarbeitet (Schlussbericht vom 12. September 2012). Das weitere Vorgehen wird im Rahmen der laufenden Erarbeitung der Mobilitätsstrategie 2045 festgelegt. Stand heute sind in der Investitionsplanung keine grösseren baulichen Massnahmen vorgesehen.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag CVP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend verdichtetes Bauen in Chur	30.01.2014	10.04.2014	Das Thema verdichtetes Bauen fliesst in die Revision der Grundordnung, welche am 7. April 2022 durch den Gemeinderat beschlossen wurde, ein.
Auftrag Oliver Hohl und Mitunterzeichnende zur Überarbeitung des Gesetzes über die Abwasseranlagen	18.05.2017	14.12.2017	In der Antwort des Stadtrates zur Interpellation FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend "Kostendeckende Abwassergebühren führen zu hohen Ertragsüberschüssen" vom 26. November 2019 wurde folgendes festgehalten: Die Gebühren sollen nicht alle Jahre neu festgesetzt, sondern über eine Zeitspanne von rund fünf Jahren belassen und danach überprüft und im 2026 dem Gemeinderat vorgelegt werden. Wie der Stadtrat mit dem Masterplan ARA 2035 aufgezeigt hat, ist aufgrund der künftigen erheblichen Investitionen eine Senkung der Benutzungsgebühr verfrüht. Die nächsten Grossprojekte (ARA Masterplan 2035) sind 4. Reinigungsstufe Mikroverunreinigung inkl. Betriebsgebäude (Netto ca. Fr. 10 Mio. im 2028/2029/2030), Erneuerung TRAC inkl. Phosphorrückgewinnung (Netto ca. Fr. 16 Mio. im 2033/2034/2035). Rechnungsabschlüsse der Spezialfinanzierung Abwasser der letzten Jahre zeigen eine Zunahme der Entnahme aus der Spezialfinanzierung und der Nettoschuld: RE 2025: Entnahme/Einlage Spez.fin. Fr. -382'585.--, Nettoschuld (-) /Nettovermögen (+) Fr. Fr. -16'379'502.-- RE 2024: Entnahme/Einlage Spez.fin. Fr. -593'573.--, Nettoschuld (-) /Nettovermögen (+) Fr. Fr. -16'363'469.-- RE 2023: Entnahme/Einlage Spez.fin. Fr. -289'693.--, Nettoschuld (-) /Nettovermögen (+) Fr. Fr. -8'760'864.-- RE 2022: Entnahme/Einlage Spez.fin. Fr. -25'703.--, Nettoschuld (-) /Nettovermögen (+) Fr. Fr. -3'096'688.-- RE 2021: Entnahme/Einlage Spez.fin. Fr. 506'667.--, Nettoschuld (-) /Nettovermögen (+) Fr. Fr. -379'105.-- Die Entnahme aus der Spezialfinanzierung sowie die Nettoschuld wird in den nächsten Jahren weiter anwachsen. Zur Stabilisierung des Gebührenhaushalts der Abwasserentsorgung soll deshalb mit dem Entlastungspakte 2027 ff eine stufenweise Erhöhung der Klärggebühr vorgeschlagen werden. Ziel der Massnahme ist ein ausgeglichener Gebührenhaushalt ohne Entnahmen aus der Spezialfinanzierung sowie der schrittweise Abbau der Nettoschuld gegenüber dem Verwaltungsvermögen.
Auftrag FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Abänderung des Baugesetzes der Stadt Chur	16.11.2017	12.04.2018	Das Thema fliesst in die Revision der Grundordnung, welche am 7. April 2022 durch den Gemeinderat beschlossen wurde, ein.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag Urs Rettich und Mitunterzeichnende betreffend Verhandlung mit dem Kanton Graubünden für Lärmschutzmassnahmen an der Umfahrungsstrasse Sommerau-Rosenhügel (Umfahrung Süd)	02.09.2021	10.03.2022	Ab Montag, 26. Januar 2026 wurde das Projekt Ausbau «Anschluss Rosenhügel» an der Julierstrasse öffentlich aufgelegt. Da mit der Entlastung der Kasernenstrasse eine Verkehrszunahme auf der Südumfahrung zu erwarten ist, wurde ein Lärmgutachten erstellt. Dieses sieht zwischen der Kreuzung Sommerau und dem Anschluss Rosenhügel eine Lärmschutzwand vor, um die Lärmsituation für die Anwohnenden zu verbessern. Zurzeit läuft die Einsprachenbereinigung.
Auftrag Fraktion Freie Liste Verda und Mitunterzeichnende betreffend Mehrwertausgleich bei Auf- und Umzügen	16.12.2021	07.04.2022	Das Thema fliesst in die Revision der Grundordnung, welche am 7. April 2022 durch den Gemeinderat beschlossen wurde, ein.
Auftrag Mitte-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Aufhebung des Gesetzes für einen menschen- und umweltfreundlichen Stadtverkehr im Rahmen der Revision der Grundordnung	25.05.2023	07.09.2023	Das Thema wird im Rahmen der Revision Grundordnung bearbeitet.
Auftrag Tino Schneider und Mitunterzeichnende betr. Massnahmen des «Aktionsplans Wohnungsknappheit» für die Stadt Chur	07.03.2024	20.06.2024	Das Thema wird im Rahmen des Legislaturziels Z 5 "Wohnungsangebot erweitern" behandelt



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag Mitte Fraktion und Mitunterzeichnende betr. Anpassung des Gesetzes über die Bewirtschaftung der Alpen (Alpgesetz) der Stadt Chur	30.01.2025	22.05.2025	Voraussichtlich im GR im Oktober 2026
Auftrag FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Verbesserung Mineralische Kreislaufwirtschaft – Schonung von natürlichen Ressourcen	13.11.2025	05.03.2026	Mit GRB.2026.7 hat der Gemeinderat beschlossen, den Auftrag zu überweisen, die gleichzeitige Abschreibung des Auftrags jedoch abgelehnt. Dies insbesondere, weil er für den Einsatz von RC-Beton konkrete Anwendungsbedingungen von Seiten des Stadtrates wünscht. Dazu sind die Massnahmen (Umsetzung des Auftrags) departementsübergreifend abzustimmen und durch klarere Zielwerte sowie verbesserter Definition von Ausnahmen in einem Merkblatt zu konkretisieren. Die Konkretisierung wird dem Gemeinderat im Oktober 2026 vorgelegt werden können.

**Stadtrat**

Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Zuständigkeit	Bericht Stadtrat
Auftrag GPK betreffend Baubeitrag Bergbahnen Chur Dreibündenstein AG	262.05.2023	22.06.2023	Stadtrat	An seiner Sitzung vom 22. Mai 2025 (GRB.2025.23) nahm der Gemeinderat Kenntnis vom Bericht zum Auftrag GPK betreffend Baubeitrag an die Bergbahnen Chur-Dreibündenstein AG. Der Stadtrat wurde beauftragt, eine Gesamtbotschaft für ein allfälliges Grundstücksgeschäft zur Sicherung der Überfahrtsrechte der Brambrüeschbahn sowie mit einer umfassenden Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht (inkl. Landgeschäfte) als Grundlage für eine zweite Volksabstimmung zu erarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen. Ein allfälliges Grundstücksgeschäfts soll nur unter der Bedingung einer positiven zweiten Volksabstimmung vollzogen werden. Der Antrag, den Auftrag zum Auftrag GPK betreffend Baubeitrag an die Bergbahnen Chur-Dreibündenstein AG als erledigt abzuschreiben wurde abgelehnt. Mit Beschluss vom 13. November 2025 (GRB.2025.54) überwies der Gemeinderat die Botschaft Rahmenkredit Direktverbindung Chur – Brambrüesch zuhanden der Volksabstimmung. Die Stimmbevölkerung lehnte am 8. März 2026 den Rahmenkredit mit 53.80 % ab. Antrag auf Abschreibung.

Aktenauflage: Hängige Vorstösse

Chur, 26. Mai 2026